

ches schrittweise und nachvollziehbar aufgebaut und dem Leser auf eine verständliche Weise näher gebracht, was auch der klaren sprachlichen Gestaltung zu verdanken ist. Für fortgeschrittene Leser, etwa Doktoranden und Forscher, ist das Buch uneingeschränkt empfehlenswert und eine wertvolle Ergänzung zu anderen wichtigen Studien, die sich mit Parteiensystemen in Osteuropa beschäftigen. Allerdings ist das Buch durch seine konzise Argumentationsstruktur weniger als Einstiegswerk geeignet. Zwar illustriert der Autor einzelne interessante Fälle, wie beispielsweise die Parlamentswahlen in Albanien im Jahr 2005, in detaillierter Form, bleibt aber hierbei stets seiner spezifischen Forschungsfrage treu, wodurch dem Leser nicht alle relevanten institutionellen Charakteristika vermittelt werden können. Ein weiterer kleiner Schwachpunkt ist, dass die Studie kaum Anstöße für weitere Forschungsarbeiten gibt, was aber gerade im Hinblick auf das Zielpublikum wünschenswert gewesen wäre. Diese marginalen Einschränkungen schmälern jedoch in keiner Weise die Vorzüge dieses Buches, das die Besonderheiten der postkommunistischen Parteiensysteme für ein breites Ländersample ein Stück weit zu entschlüsseln vermag.

Jale Tosun

Samuels, David J., und Matthew S. Shugart. *Presidents, Parties and Prime Ministers: How the Separation of Powers Affects Party Organization and Behavior*. Cambridge. Cambridge University Press 2010. 310 Seiten. 19,60 €.

Funktionieren Parteien unterschiedlich unter Parlamentarismus, Präsidentialis-

mus und Semi-Präsidentialismus? Dieser Frage gehen *David Samuels* und *Matthew Shugart* im vorliegenden Buch nach. Sie untersuchen, wie sich Regierungssysteme auf Strukturen von Parteien auswirken: Wie unterscheiden sich parteiinterne Delegationsprozesse? Wie beeinflusst die Direktwahl der Exekutive ihre parteiinterne Auswahl und Kontrolle? Und welchen Einfluss hat das Regierungssystem auf die Repräsentation parteipolitischer Inhalte? Ihr grundlegendes Argument ist dabei folgendes: Die getrennte Wahl von Exekutive und Legislative und deren gegenseitige Unabhängigkeit in präsidentiellen Systemen fördern speziell präsidentialisierte Parteien. Diese zeichnen sich durch eine weitreichende Unabhängigkeit und eigenständige Position der Parteiführung gegenüber der Parteibasis aus. Präsidentialisierte Parteien treten aber nicht nur vermehrt in präsidentiellen Systemen auf, sondern sind auch in semi-präsidentiellen Systemen wahrscheinlich, da sich Parteien bei einer dualen Exekutive auf das direkt gewählte Präsidentenamt fokussieren. In parlamentarischen Systemen spiegelt die interne Struktur der Parteien in entgegengesetzter Richtung die Struktur des Regierungssystems wider: Die Führung geht aus der Mitte der Partei hervor und bleibt von ihr abhängig.

Die Autoren wählen für ihre Analyse die Prinzipalagententheorie. Da bestimmte Aufgaben, wie die Vertretung der Partei in der Regierung, delegiert werden müssen, entstehen innerhalb der Parteien Delegationsprobleme. Diese Probleme betreffen sowohl die Auswahl als auch die Kontrolle der Führung und sind laut *Samuels* und *Shugart* in parlamentarischen Systemen natürlicherweise relativ klein. So-

wohl die exekutive Führung als auch die Parteibasis müssen die gleiche Funktion optimieren, nämlich legislative Wahlen zu gewinnen. Da der Regierungschef nicht eine direkte Wahl gewinnen muss, kann die Partei einen Kandidaten entsprechend ihrer eigenen Position auswählen und ihn abwählen, falls er sich von dieser Position entfernt.

Im Präsidentialismus müssen Parteien Kandidaten auswählen, die sowohl ihr Vertrauen genießen als auch breite Wählerschichten bei der Präsidentschaftswahl erschließen können; eine deutlich schwierigere Aufgabe, die es parteipolitischen Outsidern ermöglicht, exekutive Führungspositionen einzunehmen. Nach der Wahl haben Parteien keine Möglichkeit, den Präsidenten abzuwählen, und können somit ein Abrücken des Amtsinhabers von Parteipositionen nicht mehr sanktionieren.

Die Theorie wird anhand umfassender quantitativer Studien über die Berufslaufbahnen von Präsidenten und Premierministern, Regierungsaufösungen und Wahlergebnisse von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen untersucht. Hier zeigt sich, dass in präsidentiellen und semi-präsidentiellen Systemen Regierungen deutlich häufiger durch parteipolitische Außenseiter besetzt und deutlich seltener aufgrund von innerparteilichen Konflikten gestürzt werden als in parlamentarischen Systemen. Auch sprechen in beiden Systemen Präsidentschaftskandidaten zum Teil andere Wählergruppen an als ihre Parteien. *Samuels* und *Shugart* argumentieren, dass dies die Gefahr von Zielkonflikten birgt, denn schließlich fühlen sich Präsidenten vor allem gegenüber ihren eigenen Wählern verantwortlich.

Die quantitativen Analysen ergänzen die Autoren mit mehreren kurzen und insgesamt vier ausführlichen Fallstudien. Sie zeigen anhand der Systemwechsel in Frankreich und Israel auf, wie der Wechsel zu einer direkt gewählten Exekutive eine Präsidentialisierung der Parteien begünstigt, und verdeutlichen anhand der Parteien in Brasilien und Mexiko, wie Parteien auch in ganz unterschiedlichen präsidentiellen Systemen vor den oben beschriebenen Konflikten stehen.

In einem letzten Schritt untersuchen sie, inwieweit das Regierungssystem das verantwortliche Regieren durch Parteien beeinflusst. Mit anderen Worten: Können Parteien in den Regierungssystemen ihre Wahlversprechen ähnlich gut einlösen? Da innerparteiliche Konflikte bei direkt gewählten Präsidenten wahrscheinlicher sind, werden in diesen Systemen auch Wahlversprechen häufiger gebrochen.

Insgesamt bildet „Presidents, Parties and Prime Ministers“ sowohl aus theoretischer als auch aus empirischer Sicht einen wegweisenden Beitrag zur aktuellen Parteienforschung. Mit seinem klaren theoretischen Rahmen ergänzt und unterstützt das Buch Studien, die sich mit der Positionierung von Parteien und Regierungen in verschiedenen Regierungssystemen befassen und stellt das theoretische Gegenstück zu Arbeiten über parteiinterne Disziplinierungsmöglichkeiten von Regierungen dar. Schließlich überzeugt es auch durch sein quantitativ-qualitatives Forschungsdesign.

Kritisch kann man nur anmerken, dass gewisse Aspekte des Buches präziser hätten herausgearbeitet werden können. So wäre eine klare Arbeitsdefinition für präsidentialisierte Parteien wünschenswert gewesen. Auch konzen-

trieren sich die Analysen auf das Verhältnis von Partei (Prinzipal) zur exekutiven Führung (Agent), obwohl die Theorie für das allgemeine Verhältnis von Parteibasis (Prinzipal) und Parteiführung (Agent) entwickelt wird. Dies ist auch deshalb problematisch, da der Outsider-Insider Kontrast gerade anhand von Parteiführungspositionen bestimmt wird, ohne zu hinterfragen, ob sich diese Positionen zwischen den Systemen nicht ähnlich unterscheiden.

Auch werden fast ausschließlich Regierungsparteien bzw. Parteien, die an präsidentiellen Wahlen teilnehmen, betrachtet. Hier wäre es interessant gewesen, zu erfahren, wie stark andere Parteien in nicht parlamentarischen Systemen präsidentialisiert werden. Eine Berücksichtigung dieser Parteien könnte auch einer eventuellen Überinterpretation der Ergebnisse entgegenwirken. Beispielsweise wird in Kapitel 5 die unterschiedliche Wählerbasis zwischen Präsidenten und ihrer legislativen Partei untersucht, ohne zu berücksichtigen, ob sich die Anzahl der zur Wahl stehenden Alternativen zwischen diesen Wahlen unterscheidet.

Trotzdem überzeugt das Buch theoretisch und empirisch und wird sicherlich einen wichtigen Bezugspunkt für die zukünftige Parteienforschung darstellen.

Johannes Freudenreich

POLITISCHE SOZIOLOGIE

Nachtwey, Oliver. *Marktsozialdemokratie: Die Transformation von SPD und Labour Party*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008. 335 Seiten. 34,90 €.

Walter, Franz. *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*. Frankfurt a.M.. Suhrkamp 2010. 142 Seiten. 12 €.

Lessenich, Stephan. *Die Neuerfindung des Sozialen: Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld. Transcript 2008. 172 Seiten. 18,80 €.

„Erosion der Volksparteien“, „Schleifung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements“, „Entfesselung der Finanzmärkte“, usw., usf. – wirft man einen Blick auf die letzten zwei bis drei Jahrzehnte der Diskussion europäischer und vor allem deutscher (Partei-)Politik, fällt es schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, dass diese vor dem Hintergrund der Diagnose einer generellen Krise der Sozialdemokratie geführt worden ist. Diesem relativ breiten Themenkomplex widmen sich die drei Veröffentlichungen mit der Gemeinsamkeit eines prinzipiell kritischen Impetus, jedoch aus jeweils unterschiedlicher Perspektive.

In seiner vergleichenden Betrachtung des Wandels sozialdemokratischer Politik in Deutschland und dem Vereinigten Königreich operiert *Oliver Nachtwey* unter dem Label der institutionalistischen Parteiensoziologie an der Schnittstelle von (historischer) Soziologie, Politikwissenschaft und Sozialökonomik. Seine Fragestellung richtet sich hierbei auf die der Gestaltung politischer Programme zu Grunde liegenden Gerechtigkeitsparadigmen. In einem umfassenden historisch orientierten Teil rekonstruiert der Autor die ethischen Grundlagen parteipolitischer Orientierungen aus dem Fabianismus im Falle der Labour Party sowie dem Hilferding-Marxismus im Falle der SPD (68). Im Zuge einer weit greifenden Modernisierung im Verlauf des 20.